

HafenCity Universität Hamburg – Universität für Baukunst und
Metropolenentwicklung

Bauingenieurwesen – Architectural Engineering
1. Semester

Hausarbeit im Modul „Q-Studies“

Zusammen handeln, getrennt bewegen

Inhaltsverzeichnis

1. VORSTELLUNG DES BAUVORHABENS UND DEREN BETEILIGTE	4
2. MEINUNGSGRUPPEN.....	6
3. ZUSAMMENFASSUNG DES TEXTES "DIE GEWALT DER PARTIZIPATION" VON MARKUS MIESSEN	6
4. VERGLEICH MIT DEM TEXT VON MARKUS MIESSEN „DIE GEWALT DER PARTIZIPATION“.....	7
5. DER ENTSCHEIDUNGSPROZESS	10
6. FAZIT.....	11
7. ABBILDUNGSVERZEICHNIS	13
8. QUELLENVERZEICHNIS	14

Vorwort

Der Forschungsbericht ist im Rahmen des Studiums im Bereich "Fundamentale" erstellt worden und befasst sich mit dem Themengebiet „Zusammen handeln, getrennt bewegen“. In dem Seminar wurden mehrere Texte analysiert und besprochen. Die Aufgabe dieses Forschungsberichtes ist es, ein konkretes Beispiel zu finden und dieses mit den Aussagen aus einem der Texte zu vergleichen.

Da ich aus dem Fachbereich Bauingenieurwesen komme, habe ich als Beispiel ein Bauvorhaben in Hamburg an der U-Bahnstation Hoheluftbrücke gewählt, das ich dem Text von Markus Miessen "Die Gewalt der Partizipation" gegenüberstellen möchte. Das genannte Bauvorhaben eignet sich hierfür sehr gut, da sich mehrere Personengruppen über die Erstellung dieses Projektes im Streit befinden.

Das Ziel dieses Forschungsberichtes ist es, die Aussagen und Fakten aller Parteien zu sammeln und mit dem Text von Miesen zu vergleichen. Im Anschluss werden die Gemeinsamkeiten zusammengefasst und ein Resümee gezogen.

Für den Bericht benötigt der Leser keine Vorkenntnisse. Zuerst wird dem Leser das Bauprojekt vorgestellt, im Anschluss werden die Quellen mit ihren unterschiedlichen Meinungen beschrieben und analysiert. Dem Leser ist es möglich, sich selbst ein Urteil über die Gruppen zu bilden und selbst zu entscheiden, ob den gegenübergestellten Aussagen aus dem Text von Miesen zugestimmt wird oder nicht.

1. Vorstellung des Bauvorhabens und deren Beteiligte

Die Firma „Bauplan Nord“ hat den Bau des „Isebek-Domizil“ geplant. Seit Anfang des Jahres 2010 gab es den Beschluss, ein Bürogebäude am Isebekufer zu errichten, das Geschäftshaus „Hoheluft-Kontor“. Durch etliche Proteste und Wahlen der Bürger entschloss man sich, ein Wohngebäude zu errichten. In dem Gebäude sollen insgesamt 70 Wohnungen entstehen. Davon erhalten 30 Wohnungen eine Fläche von 23 bis 50 m² und sollen als Studentenwohnungen genutzt werden. Die restlichen Wohnungen sollen eine Größe von 60 - 150 m² haben und können von der Bevölkerung gemietet werden. Des Weiteren ist ein großer Garten, der etwa 700 m² groß ist, mit einem Spielplatz geplant. Unter dem Gebäude werden Garagenstellplätze erstellt und im Erdgeschoss soll es einen Supermarkt sowie eine Drogerie geben. Geplant wurde das Gebäude von dem Architektenbüro "APB". Seit Dezember 2012 finden an der U-Bahnstation "Hoheluftbrücke" die Bauarbeiten durch die Baufirma "MBN" statt, welche bis zum Sommer des Jahres 2014 abgeschlossen sein sollen.



Abbildung 1: Vor dem Bauvorhaben¹

¹http://maps.google.de/maps?q=isebek&bav=on.2,or.r_qf.&bvm=bv.46340616,d.Yms&biw=1280&bih=881&um=1&ie=UTF-8&hl=de&sa=N&tab=wl, (29.04.2013)



Abbildung 2: Beginn der Bauarbeiten²



Abbildung 3: Nach dem Bauvorhaben³

² <http://www.bild.de/regional/hamburg/stadtplanung/neubau-isebek-domizil-29315358.bild.html>, (29.04.2013)

³ <http://www.mopo.de/politik/-isebek-domizil--hoheluftbruecke--neue-wohnungen---auch-fuer-studenten,5067150,11249358.html>, (29.04.2013)

2. Meinungsgruppen

Der Bau des „Isebek-Domizil“, wo zuvor ein Bürogebäude hätte entstehen sollen, ist seit seiner Idee äußerst umstritten. Bereits im Jahre 2006 hatte es Pläne gegeben, die Fläche am Isebekufer neu zu bebauen. Vor allem Naturschützer sehen in der Bebauung eine große Einschränkung für die natürliche Umgebung des Gebietes an der U-Bahnstation. Mit sämtlichen Aktionen gegen das Errichten eines Gebäudekomplexes hat sich die Projektgruppe „Stadtnatur Hamburg“ im Internet profiliert und dafür gesorgt, dass es durch jahrelange Verhandlungen und Interessenskonflikte nicht, wie geplant, zum Bau kommen konnte. Durch eine Unterschriftensammlung im Bezirk Eimsbüttel konnte die Vereinigung einen Bürgerentscheid „Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel“ durchsetzen.

3. Zusammenfassung des Textes "Die Gewalt der Partizipation" von Markus Miessen

In dem Bericht "Die Gewalt der Partizipation" von Markus Miessen aus der Zeitschrift „Eurozine“, veröffentlicht am 01.08.2007, geht es um die Problematik der architektonischen Planung von Gebäuden und deren Standort, im Konflikt mit der Frage nach Partizipation am Standort. Der Autor möchte verdeutlichen, dass es für einen Neubau/Umbau enorm wichtig ist, sich an der Neuerung als teilhabender Raumpraktiker mit dem Standort auseinanderzusetzen. Durch eine Neubewertung der Raumproduktion soll kritischer auf die jeweiligen räumlichen Situationen eingegangen werden und unter Berücksichtigung sozialer Konflikte eine individuelle Methodik zur Umsetzung gefunden werden.

Unsere Aufgabe soll darin besteht, aus eigenem Interesse zu handeln und zu verstehen.

4. Vergleich mit dem Text von Markus Miessen „Die Gewalt der Partizipation“

Markus Miessen geht es um die Relevanz der aktiven Teilnahme an konfliktreichen, meist politisch bestimmten Entscheidungen in Bezug auf die Raumplanung. „Wenn sich Menschen versammeln, ergeben sich räumliche Konflikte. Raumplanung wird oft als Management räumlicher Konflikte betrachtet. Um mit Konflikten umzugehen, muss sich eine kritische Entscheidungsfindung entwickeln.“⁴

Ein aktuelles Beispiel zu diesem Thema bietet das Bauvorhaben am Hamburger Isebekkanal in Eimsbüttel: Der Bau des sogenannten „Isebek-Domizil“ ist stark umstritten. Es handelt sich hierbei um ein Wohngebäude mit ca. 70 Wohneinheiten an der U-Bahnstation „Hoheluftbrücke“, wo zuvor die Errichtung eines Bürogebäudes geplant gewesen war. Aufgrund zweier Bürgerbegehren und eines Bürgerentscheids, bei dem sich die Hamburger gegen den Bau entschieden hatten, war dieser zunächst hinfällig geworden.

Parallel zu den Planungen um den Isebekkanal gründeten sich zahlreiche Vereinigungen, die aktiv gegen den Bau vorgehen. Sämtliche Bürgerinitiativen, darunter die „Projektgruppe Stadtnatur Hamburg“, versuchen über das Medium Internet, gegen das Bauprojekt vorzugehen. Angefangen wurde im Jahr 2010 mit einer Unterschriftenaktion gegen die damals noch angekündigten Bürogebäude im besagten Gebiet. Über die Jahre hinweg hat sich die Internetseite, in dem von Anfang 2010 bis heute ständig neue Berichte zur Sachlage und Entwicklung rund um das Thema zu lesen sind, zu einem interaktiven Blog entwickelt.

Miessen ist der Ansicht, dass „eine kritische Entscheidungsfindung notwendig“ sei, um mit „Konflikten umzugehen“. Dabei existiere „eine Reihe von sozialen und räumlichen Konfliktzonen“, deren Grenzen ständig neu ausgehandelt werden müssten.

Im Fall „Isebek“ versucht die „Projektgruppe Stadtnatur Hamburg“ mittels kritischer Berichterstattung und ständiger Auseinandersetzung mit dem Thema eine Erhaltung der Natur zu bewirken. Dies soll beispielsweise durch eine Unterschriftensammlung bestärkt und publiziert werden. Auf der anderen Seite sind die Berichte nicht ganz sachlich, sie sind eher fordernd. Durch Provokation im Schreibstil entsteht hier der Eindruck, die Organisation wäre politisch nicht neutral und versucht zu stark, den Leser einzunehmen und in dessen Meinung

⁴ Markus Miessen, "Die Gewalt der Partizipation", Eurozine, 2012

zu beeinflussen. Die Entscheidung wird dem Interessierten, der sich ein eigenes Bild machen möchte, abgenommen. Ein Beispiel dafür findet sich bereits in der Überschrift des am 05. Mai 2010 veröffentlichten Bericht „Bezirksamt lässt Chancengleichheit nicht zu“. Dort wird sehr genau über den bevorstehenden Bürgerentscheid berichtet.

Eine weitere These des Textes von Miessen behauptet, dass es notwendig sei, „außerhalb existierender Netzwerke zu operieren“. Hiermit fordert Miessen die kritische Auseinandersetzung mit der Materie, ohne sich „blind“ anderer anzuschließen und immer dieselben Medien zur Meinungsfindung zu nutzen. Stattdessen soll man sich selbst weiterbilden. Die Neubewertung eines raumpolitischen Streitpunktes ist notwendig, um nicht „blind“ zu partizipieren. Für das Beitreten eines Menschen in eine Partei sei es ausschlaggebend, „die im Konflikt befindlichen Kräfte zu identifizieren“. Miessen vergleicht hier den raumpolitischen Konflikt mit einem Krieg. Die Gefahr der Partizipation besteht im Grunde darin, dass man durch das Einnehmen einer vorbestimmten Rolle als bloßer Teil einer Vereinigung agiert, dies geschieht meist durch Beiträge als Mittel zur Zugehörigkeit.

Hinter dem Bau des „Isebek-Domizil“ steht die Eimsbüttler Fraktion „die Linke“. Diese Partei beabsichtigt laut eines Internetbeitrags auf der eigenen Homepage „einen bürger- und umweltfreundlichen Ort aus dem Schandfleck zu machen“. Durch den Bürgerentscheid konnte hier eine Neuplanung für das Bebauen umgesetzt werden: Auch die Idee für das Wohnungsgebäude entstand unter Mitwirken der Partei „die Linke“. Laut Miessens Text müsse es möglich sein, aktiv zu handeln, ohne unter einem Vorwand tätig zu werden. Es ginge nicht immer nur darum „Gutes zu tun“, sondern „unter keinem Vorwand Fragen zu stellen und sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen, ohne vorzugeben, sich für eine wohltätige Sache zu engagieren“. Die Politik verfolgt häufig Ziele, die im eigenen Interesse liegen, um als Partei wiedergewählt zu werden. Die geplanten Bauobjekte werden benutzt, um einen innerpolitischen Krieg auszufechten. Der Architekt spiele hierbei bloß die untergeordnete Rolle eines „Dienstleisters“, kritisiert Miessen, obwohl der Architekt derjenige ist, der es erst ermöglicht, dass es zu einer Projektentwicklung und Planung kommen kann. Die Gesellschaft ist soweit fortgeschritten in Ihrem Denken, dass fast ausschließlich voreingenommene Sichtweisen vorherrschen, die andere Menschen beeinflussen und von sich überzeugen wollen. Über verschiedene Netzwerke wird der Mensch erreicht und angestoßen,

um teilzunehmen, sich der Meinungsgruppe zu fügen. Damit wählt man den einfachen Weg der Partizipation. Die Übereinstimmung von Menschen ohne jeglichen Widerspruch führt zu nicht individuell ausgehandelten Entscheidungen durch das simple Anschließen eines Individuums an eine Gruppe, was zur Folge hat, dass jeder derselben Meinung ist. Heutzutage scheint es ein Trend in der Gesellschaft geworden zu sein, sich Gruppen anzuschließen, womöglich ohne sich selbst zuvor ein Bild von der Problematik gemacht zu haben. Es ist einfacher, sich nicht mit etwas beschäftigt zu haben, aber sich dennoch einer vorgefertigten Meinung anzuschließen, obwohl diese Methode zur Konfliktlösung sinnlos erscheint.

In einem Live-Protokoll der Bürgerinformationsveranstaltung zu den Planungen am Kaiser-Friedrich-Ufer 30 der Baufirma „Bauplan Nord“ vom 30.11.2011 erklären sich die Architekten vor der Presse bezüglich des geplanten Vorhabens. Es wird erwähnt, dass der Baumbestand soweit wie möglich integriert werde. Die Bäume, die man fällen würde, seien zum größten Teil in einem schlechten Zustand, außerdem würde man sechs neue Bäume pflanzen. Herr Koch, einer der Architekten, erwähnt, dass nicht alle Bürger des stimmberechtigten Stadtteils am Bürgerentscheid teilgenommen hatten. In dem Interview kommt es zu einem Streitgespräch zwischen einem „Teilnehmer“ und dem Architekten Herrn Koch, in dem es um die vom „Teilnehmer“, der zur Bürgerinitiative gehört, empfundene Ungerechtigkeit, da sich der Bau des von ihm so bezeichneten „Koloss“ nun doch durchgesetzt habe- trotz des Bürgerentscheids. Er wird nicht nur persönlich gegenüber Herrn Koch, sondern argumentiert auch mit der Vielzahl von Gegnern des Projekts, die hauptsächlich aus Naturschützern bestünden. „Wir haben uns ja nicht gegenseitig bekämpft, sondern es gab einen Prozess und eine Entwicklung.“⁵, entgegnet Koch dem „Teilnehmer“, der sich dem nicht anschließen möchte. Sein Argument ist an dieser Stelle: „Die Bürger haben dagegen gestimmt und wollen das Gebäude nicht!“. Hier lässt sich erkennen, dass man den Architekten nicht entgegenkommen will, in dem Mann die Aufgabe des Städteplaners nachvollzieht, der hier sachlich versucht, eine Erklärung abzugeben. Hier kann das Argument Miessens wieder aufgegriffen werden, der der Meinung ist, dass der Architekt zu oft bloß als „Dienstleister“ angesehen wird und sich nicht das nötige Fachwissen angeeignet wird, bevor man die Rolle des Architekten verurteilt.

⁵ <http://www.bauplan-nord.de/downloads/Isebek%20Liveprotokoll.pdf> (29.04.2013)

5. Der Entscheidungsprozess

In Deutschland ist der Entscheidungsprozess klar mit Gesetzen geregelt. Um dem Leser einen kleinen Einblick in diesen Ablauf zu geben, fasse ich das Vorgehen kurz zusammen.

In dem Baugesetzbuch ist beschrieben, dass die vorhandene Bauleitplanung die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke regelt. Ein Bauleitplan ist ein Flächennutzungsplan, ein vorbereitender Bauleitplan. In diesem Plan ist die momentane und zukünftige Nutzung der Grundstücke festgelegt. Sollte die Nutzung geändert werden, so wird ein neuer Plan nach einem Entscheidungsprozess festgelegt und es entsteht ein Bebauungsplan. Hier handelt es sich dann um einen verbindlichen Bauleitplan. Die Bauleitpläne werden durch die Bezirke aufgestellt, wenn es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Dabei ist darauf zu achten, dass die Ziele der Raumordnung einzuhalten und gegebenenfalls anzupassen sind und eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung sichergestellt ist. Des Weiteren sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu beachten. Auch die Belange des Personen- und Güterverkehrs und die Mobilität der Bevölkerung, einschließlich des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die des nicht motorisierten Verkehrs, unter besonderer Berücksichtigung einer auf Vermeidung und Verringerung von Verkehr ausgerichteten städtebaulichen Entwicklungen. Außerdem sind die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Sobald der Entscheidungsprozess abgeschlossen ist, beschließt der Bezirk den Bebauungsplan als Satzung. Dieser wird dann von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigt. Im Anschluss ist der Plan mit einer zusammenfassenden Erklärung durch die Gemeinde ortsüblich bekannt zu machen. Sollte nichts gegen die Baumaßnahme sprechen, so ist der Bebauungsplan zulässig und es kann gebaut werden. Generell können alle Objekte gebaut werden, wenn diese nach Art und Umfang im Bebauungsplan vorgesehen sind. Mit dem Bau eines Objektes kann aber erst dann begonnen, wenn die erforderliche Baugenehmigung vorliegt.

6. Fazit

In dem gewählten Beispiel ist zu erkennen, dass hier die Vor- und Nachteile des Projektes abzuwägen sind. Für den Bau eines Bürogebäudes hätte der Bebauungsplan geändert werden müssen. Meiner Meinung nach kann es nicht im Interesse der Hamburger gewesen sein, dass hier ein zusätzliches Bürogebäude entsteht, da in Hamburg viele Büroflächen leer stehen. Da diese Entscheidung von vielen getragen wurde, konnte sich der erste Entwurf nicht durchsetzen. Schaut man sich in Hamburg den Wohnungsmarkt an, so erkennt man, dass es hier an Wohnraum mangelt. Da im Bebauungsplan und im mehrheitlichen Interesse der Bevölkerung zusätzlicher Wohnraum gewünscht ist und auch benötigt wird, wurde sich für den Bau dieses Projektes entschieden. Hier hat man das Gemeinwohl über die Interessen kleiner Gruppen gestellt.

Im Prinzip hat hier ein Prozess stattgefunden, genau, wie Markus Miessen ihn beschrieben hat. Leider kann bei solchen Entscheidungen nicht immer Rücksicht auf die Minderheit genommen werden, da es sonst wohl nie zu einer Einigung kommen würde.

„Durch zyklische Spezialisierung könnten zukünftige RaumpraktikerInnen als AußenseiterInnen verstanden werden, die, anstatt zu versuchen, gemeinsame Nenner zu erhalten bzw. zu erstellen, in existierende Situationen oder Projekte hineingehen, indem sie absichtlich Konflikte als eine mikropolitische Form der kritischen Auseinandersetzung mit der Umgebung initiieren, in der man agiert. Indem sie sich die Fachfähigkeit von ArchitektInnen, Konfliktfelder abzubilden, zunutze macht, stellt diese Forschung eine Reihe von Fragen zur Diskussion, die die Relevanz von räumlichem und architektonischem Fachwissen verdeutlicht. Auch soll damit aufgezeigt werden, wie dies im Aufgabenbereich von Institutionen eine alternative Wissensproduktion unterstützt bzw. möglich macht. Es scheint, dass wir heute dringend eine Neubewertung der Raumproduktion über traditionelle Definitionen hinaus benötigen, um somit die Möglichkeit einer "Architektur des Wissens" anzuerkennen, die durch eine aktive Partizipation am Raum aufgebaut wird. Dieses Verstehen, Produzieren und Verändern von räumlichen Bedingungen erfordert es, zuerst die weiter gefasste Reichweite der politischen Realität zu identifizieren.“⁶

⁶ Markus Miessen, "Die Gewalt der Partizipation", Eurozine, 2012

Wie auch hier in seinem Textauszug beschrieben, gibt es immer noch Meinungsgruppen, die die Entscheidung des Gemeinwohls nicht akzeptieren und versuchen, durch dramatisierte Darstellungen, die gefällten Entscheidungen zu widerrufen. Auch in diesem Fall wurde dieses von der Minderheit versucht, indem man mitteilte, dass durch den Bau die Umwelt in diesem Bereich extrem stark geschädigt werden würde. Gerade bei solchen Entscheidungsverfahren ist es schwierig, im Nachhinein die Meinung anderer anzunehmen und sich für das Gemeinwohl zu entscheiden.

Wir sollten nicht vergessen, zusammen zu agieren, obwohl wir uns getrennt voneinander in verschiedene Richtungen bewegen. Das Umdisponieren der Baupläne von einem Büro- in ein Wohngebäude stellt auch einen Kompromiss für die Anwohner dar. Durch gemeinsames Handeln und Verhandeln von Gruppen in einem Konflikt kann man versuchen, eine Lösung zu finden. Trotz unterschiedlicher Ansichten muss es möglich sein, durch Verhandlungen einen Kompromiss zu beschließen. Wir müssen lernen, offener mit neuen Ideen umzugehen und uns darauf einzulassen, die Dinge neu zu bewerten.

7. Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: VOR DEM BAUVORHABEN	4
ABBILDUNG 2: BEGINN DER BAUARBEITEN	5
ABBILDUNG 3: NACH DEM BAUVORHABEN.....	5

8. Quellenverzeichnis

Internet:

http://maps.google.de/maps?q=isebek&bav=on.2,or.r_qf.&bvm=bv.46340616,d.Yms&biw=1280&bih=881&um=1&ie=UTF-8&hl=de&sa=N&tab=wl (29.04.2013)

<http://www.die-linke-eimsbuettel.de/position/vor-ort/isebek.html> (29.04.2013)

http://www.linksfraktion-imsbuettel.de/in_der_bezirksversammlung/pool/details/zurueck/isebek/artikel/linkswirkt-bezirksversammlung-beschliesst-neugestaltung-des-u-bahn-hoheluft-vorplatzes (29.04.2013)

<http://www.bild.de/regional/hamburg/stadtplanung/neubau-isebek-domizil-9315358.bild.html> (29.04.2013)

<http://www.pflanzen.de/2011/11/30/hamburg-neues-vom-isebek-ufer/> (29.04.2013)

<http://www.bauplan-nord.de/downloads/Isebek%20Liveprotokoll.pdf> (29.04.2013)

<http://www.mopo.de/politik/-isebek-domizil--hoheluftbruecke--neue-wohnungen---auch-fuerstudenten,5067150,11249358.html> (29.04.2013)

<http://www.isebek-initiative.de/> (29.04.2013)

<http://www.elbe-wochenblatt.de/eimsbuettel/lokales/so-soll-das-isebek-domizil-aussehen-d4121.html> (29.04.2013)

Software:

Microsoft Word 2010

Microsoft Office Picture Manager

Zeitschrift:

Markus Miessen, "Die Gewalt der Partizipation", Eurozine, 2007